

Wo bitte geht's zu nachhaltiger Geschlechtergerechtigkeit?

Feministinnen lehnen Green Economy als Rettungsmodell ab und bevorzugen Livelihood – sichere Lebensgrundlagen inklusive Geschlechtergerechtigkeit¹

Ökonomie, Ökologie und Soziales zusammenzudenken war schon immer eine Stärke von Feministinnen. Sie kritisieren das herrschende Entwicklungsmodell, die Krisen und auch das neue Rettungsmodell der Green Economy aus der Perspektive der Versorgung, der Lebenssicherung und der Einlösung von Frauen- und Menschenrechten.

Christa Wichterich

Die Women's Action Agenda 21, die Frauenorganisationen im Vorfeld der Umwelt- und Entwicklungskonferenz 1992 in Rio de Janeiro formulierten, liest sich auch heute noch topaktuell. Sie basiert auf einer Kritik am Entwicklungsmodell des „freien Marktes“ und plädiert für eine neue Ethik des Wirtschaftens, des Naturbezugs und der Ressourcennutzung, für Demilitarisierung, für Gerechtigkeit zwischen Süden und Norden sowie für ein Frauempowerment.

Denn Frauen brauchen Ressourcenrechte, politische Partizipation und Entscheidungsmacht über die Entwicklungswege. Der Kernbegriff der Frauenagenda ist „sustained livelihood“, dauerhafte Lebensgrundlagen, definiert als die Summe aller materiellen, sozialen, ökologischen und kulturellen Ressourcen der Existenzsicherung an der Basis.

Das Süd-Frauen-Netzwerk DAWN sah den Livelihood-Ansatz als Gegenkonzept zu einer Strategie nachholender Entwicklung für die Länder des Südens und zur Globalisierung des ressourcenintensiven Wachstumsparadigmas. DAWN nannte „nachhaltige Entwicklung“ damals einen Widerspruch in sich, denn Entwicklung, definiert über Wachstum, Effizienzsteigerung und Handelsliberalisierung – wie in der Agenda 21 der UNCED-Konferenz –, nötige dazu, Erhalt und Schutz von Ressourcen zu torpedieren.

20 Jahre Nachhaltigkeitssuche

In feministischen Debatten zur derzeitigen Vielfachkrise und zur Vorbereitung von Rio+20 sind die Kritik an der wachstums-, effizienz- und profitgetriebenen Ökonomie, der Bezug auf Livelihood und die Einforderung von Frauen- und Menschenrechten erneut die Springpunkte. Die Schnittstelle dieser drei Argumentationsstränge ist eine Kritik an der Green Economy, die von den UN als Lösungs-Passepartout für die Dreifachkrise der Finanzen, der Energie und des Klimas und als Leitthema für Rio+20 propagiert wird.

Wie damals ist der Ausgangspunkt der Diskurse das Scheitern des vorherrschenden Entwicklungsmodells und die Forderung nach einem radikalen Umsteuern, um vom „Kurs der Selbsterstörung“ abzukommen und in Hinkunft Krisenserien, soziale Polarisierungen und Ernährungsengpässe zu vermeiden, wie es die „Women's Major Group Asia Pacific“ formulierte. Aus ihrer Sicht fallen derzeitige Rio+20-Papiere in Bezug auf Geschlechtergleichheit hinter die Agenda 21 von 1992 zurück: Die hatte Frauen als „Major Group“, als Schlüsselgruppe für Nachhaltigkeit anerkannt und sich für ihre Rechte stark gemacht. Heute kämen Frauenrechte – so die asiatischen Frauenorganisationen – substantziell kaum noch vor.

Für viele Frauenorganisationen sind die Kernprinzipien der Erklärung von Rio 1992 ein wichtiger Referenzrahmen, nämlich das Vorsorgeprinzip (precaution), gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung, das Verursacherprinzip wie auch der Zugang zu Informationen, zu zivilgesellschaftlicher Partizipation und Gerechtigkeit. Dagegen lehnen sie technologische und marktformige Instrumente der Krisenlösung, vom Geo-Engineering bis zum Emissionshandel in der Klimapolitik, ab.

Die Women's Major Group in Lateinamerika und der Karibik wünscht sich einen Wandel von „Produktions- und Konsummustern“ als zentrales Thema für Rio+20, weil sie ein Dreh- und Angelpunkt für den Bezug auf die Natur und den Ressourcenverbrauch sind. Zwei tragende Säulen für nachhaltige Lebenssicherung (Livelihood) und für die Einlösung von Frauenrechten sind aus feministischer Perspektive unabdingbar: die Anerkennung aller bezahlten und unbezahlten Frauenarbeit als produktiv und wertschöpfend sowie Agroökologie, eine Ablehnung der chemieintensiven industrialisierten Land- und Viehwirtschaft.

Der Gipfel in Rio hätte aus ihrer Perspektive dann eine Bedeutung, sollten sich die Chancen für eine Transformation von Politik und Wirtschaft gewaltig erweitern. Umverteilung statt Wachstum, Suffizienz statt Effizienz, Respekt vor den Eigenrechten der Natur statt Kommerzialisierung und Finanzialisierung sind Wegweiser für diese Umgestaltung. Allerdings fällt bei den Frauenorganisationen, die sich erneut auf Lobbying einlassen, auf, dass die Systemkritik wie auch die Transformationsperspektive weichgespült sind und der realpolitische Fokus auf Geschlechtergleichheit als Querschnittsthema in allen Sektoren und in der Green Economy verengt ist. Ihre Parole ist: Alle sich bietenden zivilgesellschaftlichen Räume für Genderthemen nutzen!

Leerstelle Geschlechtergerechtigkeit

Frauenorganisationen teilten im Januar in Porto Alegre das „Nein“, das das Weltsozialforum 2012 der Green Economy als grünem Kapitalismus entgegenschmetterte. Es sei eine „falsche Lösung“, an der Wachstums- und Gewinnstrategie, an technischen und Marktinstrumenten festzuhalten und Investitionen wie auch Jobs lediglich von „braunen“ in „grüne“ Sektoren wie erneuerbare Energien oder energieeffiziente Gebäudesanierung zu verschieben und die Begründung durch die „Macht des Marktes“ zu vollziehen, wie es das UN-Umweltprogramm (UNEP) vorschlägt.

Auf die oben angesprochenen Gretchenfragen aus feministischer Perspektive – Gerechtigkeit, Umverteilung, Geschlechtergleichheit, Akzeptanz von Sorgearbeit und von Eigenrechten der Natur – hat das Konzept der Green Economy keine befriedigenden Antworten parat. Zwar deklariert UNEP die grüne Ökonomie als „fundamentales Neudenken der Ökonomie“ und hofft, dass nationale und internationale Politik die

Wirtschaft regulieren und steuern werden. Die Begründung der Ökonomie ist jedoch zuallererst eine Wachstumsstrategie. Die OECD nennt ihr Programm ohne Umschweife „Green Growth“ und argumentiert, dass die Ökologisierung zur Wachstumsmaximierung politisch klug, ja unvermeidbar sei. Dagegen fehlt dem bislang umfassendsten Green-Economy-Konzept von UNEP ein konsistenter Menschenrechtsansatz ebenso wie ein kohärentes Konzept von Gerechtigkeit, Umverteilung und sozialer Nachhaltigkeit. Machtverhältnisse werden nicht thematisiert. Gender bleibt völlig unterbelichtet. Es ist absehbar, dass die meisten neuen grünen Jobs in Technologie- und Wissensbereichen oder aber im Baugewerbe und der Plantagenwirtschaft geschaffen werden, wo

Frauen stark unterrepräsentiert oder diskriminiert sind. Die Care-Ökonomie und Sorgearbeiten, der vor allem Frauen unbezahlt zum Erhalt der lebendigen Grundlagen von Wirtschaft, Mensch und Natur leisten, werden komplett ignoriert. Feministinnen ging es immer um andere Wirtschafts- und gesellschaftliche Naturverhältnisse. Doch die Green Economy bleibt dem Wachstum ebenso verpflichtet wie dem kapitalistischen Prinzip der Renditemaximierung. Von einem Paradigmenwechsel kann nicht die Rede sein, wo der Kapitalismus lediglich emissionsreduziert und wärmegeklämt daherkommt und Natur in Wert gesetzt, bepreist und als Ware zu Märkte getragen wird. Bei dieser weiteren Kommerzialisierung und Finanzialisierung wird Natur aus den sozialen Zusammenhängen herausgelöst. Die Privatisierung von Umweltdienstleistungen wie auch von öffentlichen Dienstleistungen, die viele Frauenorganisationen bekämpfen, leistet UNEP als innovative Maßnahme zu Umweltschutz und Versorgung.

Als UNEP im Juni 2010 eine Konsultation mit Major Groups aus Lateinamerika und der Karibik zur Green Economy veranstaltete, lehnten Frauenorganisationen sie als Leitthema für Rio+20 ab, weil sie „more business than people driven“ und darin eine „neue Form der Kolonisierung und Aneignung natürlicher Ressourcen im Süden“ angelegt sei.

Als Gegenposition fordern nun junge Feministinnen von DAWN, von Via Campesina und vom Weltmarsch der Frauen (WWM) erneut „nachhaltige Livelihoods“, „buen vivir“, ein genügsames Leben im Einklang mit der Natur, sowie politische und rechtliche Maßnahmen zur Geschlechtergleichheit. Ohne Geschlechtergerechtigkeit kann es keine Umweltgerechtigkeit, keine Nachhaltigkeit und kein gutes Leben für alle geben.

Anmerkung: ¹ Dieser Artikel wurde erstmals in „südnik – Das Nord-Süd-Magazin von Inkota“ Nr. 159 (3/2012) abgedruckt. Der Schwerpunkt dieser Ausgabe: „Alternativen zum Wachstum. Mit Rio+20 aus den globalen Krisen?“ (www.inkota.de)

Zur Autorin:

Christa Wichterich ist freiberufliche Soziologin und Publizistin.